

Herr Metz erläuterte den Antrag seiner Fraktion. Umliegende Städte in der Region würden ähnlich verfahren. Es handle sich zudem um eine Idee der Bundesverbraucherschutzministerin. Die von GoogleStreetView angekündigte Unkenntlichmachung bestimmter Merkmale erfolge tatsächlich nicht in dem gebotenen Umfang.

Seitens der SPD-Fraktion begrüßte Frau Bähr-Losse ausdrücklich den Antrag und signalisierte die Zustimmung ihrer Fraktion. Herr Knülle ergänzte, es bestehe eine Verpflichtung der Stadt, die Schwelle eines Schutzangebotes für die Bürger gering zu halten. Es stehe dem Bürger selbstverständlich frei, ob er dieses Angebot annimmt.

Auf Nachfrage von Frau Jung bestätigte der Bürgermeister, dass das Anschreiben der FDP-Fraktion an die Verwaltung in dieser Angelegenheit vor dem jetzt vorliegenden Antrag eingegangen ist. Frau Jung vertrat die Auffassung, dass die in diesem Anschreiben gewünschte und von der Verwaltung umgesetzte Maßnahme (Bürgerinformation im Wege einer Pressemitteilung, Einstellung eines Musterwiderspruchsschreibens auf der städtischen Homepage) ausreichend sei. Sie vertrat die Auffassung, dem Datenschutz werde in gebotenem Umfang Rechnung getragen.

Herr Schell vertrat seitens der CDU-Fraktion die Auffassung, dass ein Abfotografieren der städtischen Liegenschaften auch positive Effekte haben könne, da Auswärtigen die Möglichkeit geboten werde, sich virtuell einen Eindruck über die Stadt zu verschaffen. Dem Antrag könne sich seine Fraktion nicht anschließen; die Thematik werde derzeit intensiv auf Landes- und Bundesebene erörtert. Diesen Beratungsergebnissen solle nicht vorgegriffen werden.

Herr Kammel sprach sich vor dem Hintergrund der Informationsmöglichkeiten für GoogleStreetView aus. Auch von Touristen würden Fotos von Gebäuden, Straßen, Plätzen etc. auf diversen Plattformen im Internet veröffentlicht.

Dem widersprach Frau Bähr-Losse, da es sich im vorliegenden Fall um eine gewerbliche Maßnahme handle und ein Missbrauch der erhobenen Daten nicht auszuschließen sei.

Für die Fraktion AUFBRUCH! erklärte Herr Köhler, dass eine Unterstützung der Stadt für ihre Bürger erfolgen müsse. Die neben dem Abfotografieren von Liegenschaften erfolgende Erfassung von Funknetzen sowie der gewerbliche Hintergrund seien wegen eines möglichen Missbrauchs bedenklich. Er sprach sich jedoch gegen das Auslegen von Widerspruchslisten aus, da auch dies den Datenschutz in Frage stelle.

Der Bürgermeister ließ über den Antrag abstimmen.